

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzkan, Nr. 13190-13197

Mittwoch, den 20. Oktober 1920

Vormärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzkan, Nr. 11733-34.

Die letzten Zahlen.

Wien, 20. Oktober. Die endgültigen Wahlergebnisse für die österreichische Nationalversammlung lauten: Christlichsozialisten 82, Sozialdemokraten 66, Großdeutsche 26, Demokraten 2.

Lohnbewegung auch in Frankreich.

Paris, 20. Oktober. (Z.N.) Wie die „Liberté“ meldet, verlangen jetzt auch die Bergarbeiter im Süden der Loire Lohnerhöhungen. Es handelt sich um eine Erhöhung von vier bis fünf Frank täglich.

Streikdebatte im Unterhaus.

London, 20. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Bonar Law, daß sich die Durchführung der Friedensverträge in zufriedenstellender Weise vollziehe und daß sich die britische Regierung mit der Aburteilung des ehemaligen deutschen Kaisers in London nicht beschäftigen werde.

Chamberlain bemerkte, daß Österreich bis jetzt keine Schiffe abgeliefert habe und daß Deutschland in weitgehendem Maße den Bestimmungen von Spa über das Kohlenabkommen nachgekommen sei. Weiterhin teilte er mit, daß die von allen Ländern Deutschland gemachten Vorschläge ungefähr das Dreifache sämtlicher von Großbritannien gemachten Vorschläge betragen.

Der Abgeordnete Brace erklärte, daß die Grubenarbeiter den Vorschlag der Regierung, den Lohnstreik einem Schiedsgericht zu unterbreiten, nicht annehmen könnten, da die Erfüllung der Lohnforderungen von einer Produktionssteigerung abhängig gemacht werde und die Bergarbeiter eine Niederlage erleiden sollten, dann würde das nicht dazu beitragen, die Kohlenförderung zu steigern. Den Bergleuten müsse die von ihnen geforderte Lohnhöhe zugesichert werden. Nach Anhörung der Vorschläge von Brace hielt der Kabinettsrat eine längere Sitzung ab, worauf Lloyd George erklärte, die von Brace gemachten Vorschläge seien in mehreren Punkten unklar. Eine Erhöhung der Kohlenproduktion sei notwendig; wenn aber von der Regierung die volle Zustimmung zu den Forderungen der Bergleute gefordert werde, so bedeute das nichts anderes, als daß die Regierung ihre bisher eingenommene Haltung aufgabe. Sie verkenne allerdings nicht, daß das jetzige System der Entlohnungen verbessert werden müsse. Er sei aber weiterhin bereit, alle Vorschläge zu prüfen, die geeignet seien, den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden und die Kohlenförderung zu steigern.

Arbeiterkundgebungen in England.

London, 20. Oktober. (Holländisch Neuwsbureau.) Eine Anzahl junger Bergarbeiter veranstaltete gestern in Tonpand einen Umzug, dem rote Fahnen vorangetragen wurden. Es wurden Steine geworfen und Fensterscheiben zertrümmert, darunter auch die des Polizeibureaus. Auf dem Trafalgar Square fand gestern eine neue Kundgebung der Arbeitslosen statt, die jedoch ohne Zwischenfall verlief.

London, 20. Oktober. (Holländisch Neuwsbureau.) Miss Sylvia Pankhurst wurde gestern wegen aufreizender Artikel in ihrem Organ „The Workers Dreadnought“ verhaftet. Bekanntlich wurde sie von Lenin in einem Briefe an die englischen Arbeiter als die einzige wahre Vertreterin des englischen Proletariats bezeichnet.

Gorki an Lenin.

Die „Dena“ meldet, daß Maxim Gorki an Lenin folgenden Brief geschrieben hat:

„Wladimir Iljitsch, ich bitte Sie, augenblicklich W. I. Lenins, den Präsidenten der militärärztlichen Akademie, eine Audienz zu gewähren. Man hat hier ein Schloß bekannter russischer Gelehrter verhaftet, unter ihnen Depp, Ostrow, Odenburg, Grimm, Wusch usw. Ich erachte es für notwendig, Ihnen ganz freimütig meine Meinung darüber zu sagen. Ich glaube, der Reichtum und die Macht eines Landes werden nach der Stärke und Größe seiner intellektuellen Kräfte gemessen. Die Revolution hat nur Sinn, wenn sie die Entwicklung dieser Kräfte begünstigt. Man muß die Gelehrten so anständig als möglich behandeln. Das ist besonders bei uns notwendig, wo die Siebzehnjährigen im Bürgerkrieg verbraucht werden und die Entwicklung der Intelligenz des Landes für lange Zeit unmöglich gemacht ist. Auf diese Weise schneiden wir dem Volke seinen Kopf ab, wir vernichten sein Gehirn. Es bleibt uns keine Hoffnung auf den Sieg, wenn die Elite der Zivilisation ausgerottet wird. Diese Methode ist nur der Beweis unserer Schwäche und Nüchternheit und der Wunsch, uns an unserer eigenen Unfähigkeit zu rächen. Ich protestiere energisch gegen dieses Vorgehen, welches das Gehirn unserer geistig schon so armen Völker tötet. Ich weiß, daß Sie mir Ihre gewöhnlichen Einwände machen werden: „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ und „Die

neutralen Leute sind gefährlich“. Die bedeutende Mehrzahl der Gelehrten ist neutral und objektiv wie die Wissenschaft, es sind politische Menschen. Die Mehrzahl sind Greise, sind krank; das Gefährnis wird sie töten, denn der Hunger hat sie genügend erschöpft. Wladimir Iljitsch, ich stelle mich jenen zur Seite und ziehe es vor, eingekerkert zu werden, als mich durch mein Schweigen an der Hinmordung der besten Intelligenz mitschuldig zu machen. Die „Roten“ sind genau wie die „Weißen“, die Feinde des Volkes. Ich verleihe nicht, ohne zu überlegen, vor, von den „Weißen“ unterdrückt zu sein, denn ich bin nicht mehr der Genosse der „Roten“. Ich hoffe, daß Sie mich verstanden haben.“

Arbeiterschaft und Dieselmotoren.

Scheintat Deutsch von der A. G. G. erklärte in einer Unterredung dem Berliner Vertreter der „Neuen Züricher Zeitung“ zu dem Verlangen der Herstellung der Dieselmotoren, die deutsche Arbeiterschaft werde sich mit aller Macht dagegen wehren. Sollte der Artikel 189 des Versailler Friedensvertrages so ausgelegt werden, daß alles, was in Kriegsschiffe eingebaut werden kann, zerstört werden soll, dann dürfte von morgen an die deutsche Industrie nicht mehr arbeiten, denn es gäbe tatsächlich keinen Gegenstand, vom Dieselmotor bis zur Blühpumpe, vom Schreibisch bis zum Nachtopf, der nicht in ein Kriegsschiff eingebaut werden könnte!

Um die Brüsseler Ersatzkonferenz.

Paris, 20. Oktober. (Z.N.) Die „Temps“ mitteilt, werden die Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Regierung über die Bedingungen, unter denen die in Spa vorgesehene Technische Kommission in Brüssel zusammenzutreten soll, fortgesetzt. Der englische Botschafter in Paris hat Sonnabend am Anai V'Orsay eine Note überreicht, um einige Aufklärungen über den französischen Vorschlag zu erlangen, nämlich, wer die Sachverständigen seien, die an der Beratung von Brüssel teilnehmen sollen, d. h. ob es obligatorisch die Mitglieder des Wiedergutmachungsausschusses sein sollen oder Spezialisten, die die Wiedergutmachungskommission ernannt. „Temps“ sagt, die englische Regierung sei heute genau über den französischen Standpunkt unterrichtet.

Der Völkerbund auf Reisen.

Tagung in Brüssel.

Brüssel, 20. Oktober. (Meldung des Holländisch Neuwsbureau.) Der Völkerbundrat trat heute unter Vorsitz von Symans, der Belgien vertritt, zusammen. Bourgeois vertritt Frankreich, Tittoni Italien, Jishi Japan, Valfour, England und Quinones de Leoa Spanien. Der Vertreter von Griechenland ist noch nicht ernannt. Die Plenarsitzung des Völkerbundes tritt am 15. November in Genf zusammen.

Belgische Gewerkschaften für Sozialisierung.

Brüssel, 20. Oktober. (Meldung des Holländisch Neuwsbureau.) Der „Peuple“ meldet: Der Gewerkschaftslongreß nahm einstimmig eine Entschliessung an zugunsten einer teilweisen Sozialisierung verschiedener Industrien. Begonnen werden soll mit den Eisenbahnen, dem Seetransportwesen, den Kohlenbergwerken, den Versicherungsgesellschaften, den Banken und Kreditinstituten und den Licht- und Kraftanlagen.

Kabinettskrise in der Türkei.

Paris, 20. Oktober. (Z.N.) Nach einer Privatmeldung des „Temps“ aus Konstantinopel soll die Demission des Ministeriums Damad Ferid Pascha herbeigeführt worden sein durch eine Note der Alliierten, die vom Großwesir formell verlangt, zu einer Verständigung mit den Anhängern Mustafa Kemal Paschas zu gelangen, wie es die verhandelten Oberkommissare dem Sultan vorgeschlagen haben.

Alt- und Neukommunistische Verschmelzung.

Die Linke der Unabhängigen wird, wie die „Frankf. Zig.“ meldet, im Dezember mit der kommunistischen Partei einen gemeinsamen Parteitag abhalten, auf dem die Vereinigung vollzogen und die deutsche Sektion der Dritten Internationale endgültig konstituiert werden soll.

Der bayerische Handelsminister Dr. Hamm, der sich als Abgeordneter der Demokratischen Partei im Reichstag ein Mandat besitzt, wird im Einvernehmen mit den Parteiführungen das Mandat zum bayerischen Landtag niederlegen, das zum Reichstag aber beibehalten.

Schwerindustrieller Wucher.

Die ungeheuren, durch keine Bilanzkunststücke mehr abzuleugnenden Gewinne der Schwerindustrie in und nach dem Kriege haben mit Recht die Entrüstung aller kritisch Denkenden, selbst einsichtiger Unternehmer herausgefordert. Es sind nun schon Monate her, seit Walter Rathenau das Wort von der „Diktatur der Schwerindustrie“ geprägt hat. Die glänzenden Gewinnziffern der rheinisch-westfälischen und der ober-schlesischen Montanindustrie nach einem Jahre scharfster Betriebseinschränkungen, einem Jahre der Streiks, einem Jahre schwerster Wirtschaftsnöte, aus der uns „nur Arbeit retten“ konnte — sie haben gezeigt, daß das schwerindustrielle Großkapital sich nicht gescheut hat, am Mark eines zusammengebrochenen Volkes zu saugen. Zug und Trug kennzeichnen sein Werden und Gedeihen. Ein typischer Fall skrupelloser Gewinnsucht wird jetzt bekannt, der der Welt nicht vorzuenthalten werden darf.

Die Gutehoffnungshütte in Oberhausen — ein als solide bekanntes Unternehmen für Bergbau und Hüttenbetrieb, dessen Aktienbesitz sich fast ausschließlich in den Händen der Familie Daniel befindet — arbeitete im Kriege für die Seereserverwaltung, wie die übrige Schwerindustrie auch. Mit 30 Millionen Mark Aktienkapital zog sie in den Krieg, der ja für die junge Schwerindustrie in der Hauptsache ein Kampf um den Profit war. Treu und brav hatte sie schon in den letzten Friedensjahren immer 20 Proz. Dividende verteilen können. Diese Dividende wurde auch im Kriege bald wieder erreicht. Nach dem Jahresabschluss 1917/18 aber wurde ihr die Jacke zu eng. Man stand vor der Frage, wie man die wachsenden Gewinne unterbringen konnte. Da griff man denn zu dem bekannten Mittel, die Dividenden äußerlich niedrig zu halten und schenkte aus Liebe zum Vaterlande den notleidenden Aktionären für 10 Millionen Mark Gratisaktien. So wurde die Dividende um kein Prozent höher, und doch wurde das bar eingezahlte Aktienkapital jetzt mit 27 1/2 Proz. verzinst. Die Gutehoffnungshütte war das einzige große Montanunternehmen, das sich schon damals den Luxus der Kapitalverwässerung leisten konnte.

Dies nur zur Beleuchtung der Gewinnpolitik, die bis zu diesem Augenblick der kapitalistischen Kritik nichts Außergewöhnliches war.

Seit 1915 hat die G. H. G. für die Geschloßfabrik Spandau gepreßte Stahlgewichte gearbeitet, später daneben leichte und schwere Minenwerfer für Artilleriewerkstätten, ferner Lafetten, Geschützrohre und sonstiges Kriegsmaterial. Die Preise waren so bemessen, daß die Neuanfassungen und Neubauten gleich voll mit einkalkuliert wurden, so daß es ein Fabrikationsrisiko nicht gab. Bis zum Kriegsende sammelten sich wie auf allen großen Werkstätten vor den Drehwerken Hunderttausende von Gewichten, die vom Staat nicht abgenommen worden waren, weil sie bei der Qualitätsprüfung als undrauchbar befunden und nicht mehr „vergütet“, d. h. verbessert worden waren. Sie waren also Schrott.

Der Zusammenbruch kam. Viele Aufträge ließen nach, und die Werke beanspruchten dafür Entschädigung. Diese Gelegenheit nahm die Gutehoffnungshütte wahr, um schnell noch ihr Schatzlein ins Trockene zu bringen: Sie drehte dem Staat die als undrauchbar zurückgewiesenen Geschloßhüllen plötzlich als brauchbar an, ließ sich als vollwertige, auf Bestellung hergestellte bezahlen und erzielte so einen kleinen Extrageinn von mindestens 10 Millionen Mark. In 14 Tagen wurden Rechnungen für 25 Millionen Mark ausgestellt — worin auch Bestände brauchbaren Materials enthalten gewesen sein mögen. Was das Weiterwert war, erriet man daraus, daß die Hütte bald darauf das gesamte Material — 33000 Tonnen — zum Preise von 120 M. je Tonne, also rund um 4 Millionen Mark zurückkaufte! Der Schrott blieb nun noch lange auf Lager liegen, die Preise schnelsten aber in die Höhe, so daß das Material zu der Zeit seiner Verarbeitung 35 Millionen Mark höher im Preis stand. Staat und Verbraucher konnten blechen!

Dieses Manöver, das sich übrigens auch auf anderes Seeresgut erstreckte, blieb natürlich nicht geheim. Angestellte, die das Interesse des Volkes über das Betriebsinteresse achteten, zeigten die Sache an. Eine Nachprüfung wurde in die Wege geleitet, die ergab: 1. daß die Gutehoffnungshütte sich für ihre Leistungen übermäßige Preise hätte bezahlen lassen, 2. daß Unregelmäßigkeiten bei der Abgabe von Granatgeschossen tatsächlich vorgekommen sind, 3. daß die Direktion immer reservierter wurde, bis sie es für zweckmäßig fand, die Vorlage des nötigen Prüfungsmaterials zu verweigern!

Mit diesem Schandgeschändnis wäre der Fall von seiner moralischen Seite aus erledigt. Allein, die Sache hatte ein Nachspiel. Ein Angestellter, den man im Verdacht hatte, den offenkundigen Staatsbetrug angezeigt zu haben, erhielt den

Besuch eines Kriminalkommissars in seiner Wohnung. Dieser sollte von ihm Allen des Unternehmens abholen, deren Herausgabe er übrigens gar nicht verweigert hatte. Dafür aber gelang es diesem willigen Diener des Großkapitals, unter dem Vorwand der Amtspflicht, ein privates Schreiben des Angestellten an sich zu bringen, dessen Abschrift am nächsten Tage bei der Direktion war. Folge: Fristlose Entlassung!

Der Angestellte hat seinen Willen zur Ehrlichkeit gebüht. Der Betrug der Buchführungshütte harret noch heute der Sühne.

Aus dem ganzen Fall grinst das Lächeln des strupelosen Kapitalismus, der am zusammengebrochenen Volke Leichenfledderei begeht.

Und die Schwerindustrie regiert. Megert, weil die Arbeiterchaft wichtigeres zu tun hat. Sie muß sich ja spalten, spalten.

Achtung, Gefahr!

Die Stimmungsmache für das Reichswehrgesetz.

Im kurzen Zeit soll sich der Reichstag mit der Vorlage des Reichswehrgesetzes befassen. Wir haben uns mit dieser Vorlage gleich nach ihrem Bekanntwerden beschäftigt und festgestellt, daß sie ein dreifacher Versuch ist, auch den letzten Rest von republikanischer Freiheit aus der Reichswehr auszuwischen und sämtliche noch bestehenden Rechte der Soldaten zu vernichten.

Seit Wochen aber ist in des gesamten bürgerlichen Presse eine unerhörte Stimmungsmache für das neue Reichswehrgesetz im Gange, deren Quelle unschwer zu ermitteln ist. Diese Stimmungsmache geht so weit, daß ein demokratisches Blatt, die „Vossische Zeitung“, die sich allerdings in letzter Zeit in formwährenden Konditionen für die Reaktion gefällig, ohne den geringsten Widerspruch den Artikel eines Oberleitnants a. D. über das Reichswehrgesetz abdruckt, der dieses Gesetz gerade um seiner reaktionären Bestimmungen willen verherrlicht. So wird in diesem Artikel unter dem Protektorat Georg Bernhards die Erdrosselung der republikanischen und wirtschaftlichen Organisationen mit schoddrigen Kommisandrien gefeiert, derselben Organisationen, die in den Kämpfen wesentlich zur Rettung der Republik beigetragen haben.

Wie weit die Stimmungsmache aber geht, dafür wollen wir noch einen Beweis anführen, der wohl auch dem Blindesten die Augen öffnen wird. Die Heeres- und Marinekommissionen haben sich vor einigen Wochen mit dem Wehrgesetz beschäftigt. Natürlich war dafür gesorgt, daß dies hinter verschlossenen Türen geschah. Offenbar um sich nicht wieder vom „Vorwärts“ Schönfärberei nachweisen zu lassen, hat das Reichswehrministerium über das Ergebnis dieser Tagung kein Sterbenswortlein verlautbaren lassen.

Wir wissen warum. Denn die Heeres- und Marinekommissionen haben, obwohl sie paritätisch aus Offizieren und Mannschaften zusammengesetzt sind, mit großer Mehrheit sich gegen die reaktionärsten Bestimmungen des Gesetzes ausgesprochen. Der zweite Satz des § 23, wonach auch die Angehörigen zu wirtschaftlichen Organisationen von der Genehmigung der Vorgesetzten abhängig sein soll, wurde von den Wehrkommissionen verworfen und stattdessen folgende Fassung beantragt:

Die Angehörigen zu wirtschaftlichen Vereinigungen im Sinne des Artikels 159 der Reichsverfassung darf den Angehörigen der Wehrmacht unter keinen Umständen unterstellt werden.

Ferner forderten die Wehrkommissionen eine Verankerung des Systems der Vertrauensleute mit der Bestimmung, daß die Bezeichnung ihrer Rechte und Pflichten in die Hände des Reichspräsidenten zu legen sei. Schließlich forderten die Kommissionen, daß ihre eigenen Beschlüsse durch den Reichswehrminister der gesetzgebenden Körperschaft zur Kenntnis zu bringen sind.

Schnaps und Spiel.

Russischer Abend in den Kammerzweigen.

Tolstoi und Gogol wollten Satire schreiben und mit Heiterkeit unterrichten. Tolstoi lehrte und belehrte in seiner volkstümlich breiten, sehr einfachen, dem Bauer ohne Besorgnis auch verständlichen Art gegen den Schnaps. Gogol geißelt eldemonischer, höher greifend, das Problem als überlegener Stadtherr ansehend und nicht als enttäuselter drohender Gutsherr, das Spiel „Er ist an a kle m sch u d“, der Schnaps nämlich, das ist Tolstois Komödienmittel. Das Klingt wie Bedacht, es ist auch Dorfanzel, es ist nur wenig im Werke Tolstois, und es eignet sich doch, obwohl es als Selbstkarmec- und Nationalismen gedacht war, zum Kammerzweigen für wohlgelegene Parlettbesucher.

Der Bogabund, der Verfäher, der Fingling, der Lump kommt in ein Bauernhaus als Bettler. Die junge Bäuerin ist voller Mut auf den Mann, der zur Stadt fuhr, den verhandeln. Er kommt nicht und kommt nicht heim. Er wird wieder allen Erbsen verkaufen und auch Zucker und Tee nicht mitbringen die im Hause fehlen. Der Bogabund ist ein Philosoph, alle Bogabunden lieben Landstreifenphilosophie. Zudem er also eine verkaufte Sprache mit frangösischen Köstchen redet, schmeißt er seinen Charakter aus. Gibt ihm der Schnaps erst im Kopfe, dann wird er, der ehrliche Bogabund, zum Spitzbuben. Er kliebt. Er wird ein Expropriateur, sagt er, da er ein Landstreifenphilosoph, Landstreifenjurist, Landstreifenpolitikus ist. Und er kauft, er macht die besoffenen Bauern noch besoffener. Am nächsten Morgen kriechen sie von der Fremden mit diesem Schüssel herunter. Zucker ist fort, Tee ist fort. Wer hat gestohlen? Der Expropriateur wird angeklagt. Er hat wirklich gestohlen, weil er besoffen gewesen ist. Aber nun kommt das Trauerspiel nach dem Satirspiel. Die alte moralische Ordnung wird immer bei Tolstoi umgedreht. Der Bogabund ist unzufrieden, daß er nun entlarvt wird. Er ist verzweifelt, daß die Bauern barmherzig sind und ihn laufen lassen. Seine Säuferchre ist gekränkt, weil seine Glieder noch heiß bleiben. Mit Gogolene Mühe er kündigt. Keurig! Für einige Anglimuten wahrscheinlich nur. Denn seine Natur ist tiefer im Blut.

Denn Euch nur, ein Wenig macht sich fast blind, um der genierte Rollspieler im zaristischen Rußland zu werden. Er, dem alle Kunst des Betragens willkürlich als Kunst vertraut ist, er, der Kostbar, der reich sein will, um ein Leben in Schönheitsvollendung zu führen, er, der Schwärmer, der Liebeswürdige, der Held, er wird von gansen schätzbaren Schatz über's Ohr gedauen. Selbst bei den Spielern regt nicht das Genie, bei den Spielern allein siegt nur die Allogstoulane.

Diese Abänderungsvorschläge sind sicher sehr bescheiden; sie bleiben weit hinter dem zurück, was wir zur Sicherung des republikanischen Grundcharakters der Reichswehr fordern müssen. Aber was hat Herr Gehler, was hat Herr v. Seede damit gemacht? Sie haben die Beschlüsse der Kommission nicht nur der Öffentlichkeit verschwiegen, sie haben sie überdies einfach in den Papierkorb wandern lassen. Sie sind darüber zur Tagesordnung übergegangen, indem sie ihren Entwurf dem Reichstag unverändert eingebracht haben. Diese Behandlung der Kommission entspricht durchaus dem Geist des Seede'schen Strafmittel-Erlasses, durch den die Kommission auch übermäßig zu rein militärischen Dekorationen erniedrigt werden.

Wir aber wollen noch rechtzeitig darauf hinweisen, wie der „demokratische“ Reichswehrminister und sein famoser Stabschef die offizielle Vertretung der Reichswehr achten und behandeln, mit welcher Strabelllosigkeit sie ihre Stimmungsmache in der Öffentlichkeit betreiben, indem sie nicht einmal vor der Verschweigung wichtiger Beschlüsse einer offiziellen Körperschaft zurücktreten. Möge der Reichstag das beachten!

Der Sowjetmann als polnischer Kommissar.

Aus Danzig wird uns geschrieben: Der Führer der U. S. P. in Danzig Johannes Rau ist vor einigen Wochen über die Grenzen des kleinen Zwergstaates Danzig und zugleich über eine entsprechende Gewichtigkeit seiner Person hinaus bekannt geworden, als er sich über die Unterredungen mit dem Sowjetvertreter Kopp in Berlin in der Danziger Verfassunggebenden Versammlung äußerte. Die polnische Presse griff diese Mitteilungen auf und münzte sie schnell zu ihren Zwecken für Paris, wo gerade die Verhandlungen über die gemäß § 104 des Friedensvertrages zwischen Danzig und Polen zu schließende Konvention und über die Danziger Staatsverfassung begannen, dahin um, als hätte Herr Rau im Auftrage des Vorsitzenden des Danziger Staatsrates, Oberbürgermeisters S a h m, heimlich gegen die Entente intrigiert.

Als Herr Rau einfiel, was er, dessen Herz an Moskau hängt, zugunsten Polens und zum Schaden, nicht etwa Danzigs, sondern der zukünftigen Wahlpropaganda seiner Partei, die sich immer noch U. S. P. nennt, angedacht hatte, farrigerte er sich durch einen Artikel im „Freien Volk“, dem Danziger Organ der Linkradikalen. Sein Parteigenosse Genosse Gebauer, der kürzlich erst aus der Redaktion des „Freien Volk“ abgedrängt worden ist, ging noch einen großen Schritt weiter und veröffentlichte im Pariser „Populaire“ einen Artikel über die „ungerechtfertigten polnischen Ansprüche auf Danzig, der sowohl im „Freien Volk“ als auch in der Danziger Wochenschrift „Die Brücke“ sowie jetzt in der „Danziger Zeitung“ abgedruckt ist. Darin heißt es u. a. wie folgt:

„Mehr als 90 Proz. der Bevölkerung Danzigs sind deutsch; eine Anerkennung der polnischen Forderungen auf Danzig würde also nichts anderes bedeuten, als einen Schlag gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Alle politischen Parteien unserer Republik — ausgenommen natürlich die Polen — sind darin einig: Danzig muß ein souveräner und autonomer Staat werden. Es ist klar, daß die Rechte der Bevölkerung polnischer Sprache respektiert werden müssen, doch deshalb kann man nicht Polen die Verwaltung des Hafens, der Eisenbahn und der Weichsel übertragen, ohne ein schreiendes Unrecht gegen die Danziger Bevölkerung zu begehen. Das Leben der Republik würde dadurch bedroht werden; denn der Hafen, die Eisenbahn und die Weichsel sind die bedeutendsten Einnahmequellen.“

Jedenfalls müssen aber die Polen zu gemeinsamer Arbeit mit den Danzigern in dieser Verwaltung herangezogen werden.

Der Völkerverbund soll aus Danzig eine freie Stadt machen, nach innen wie nach außen. Dann wird Danzig bald

einer der bedeutendsten Häfen der Welt werden. Dieser Zwergstaat mit seinen 350 000 Einwohnern ist dazu bestimmt, ein Staat von mehreren Millionen Seelen zu werden, der einen einflussreichen und nützlichen Platz in der Welt einnehmen soll.“

Rau kann jedes Wort unterschreiben, wenn man Danziger ist, und sollte annehmen, daß die U. S. P. diese Politik gerade im Interesse der Danziger Arbeiterchaft und als Gegnerin des polnischen Imperialismus beibehalten würde.

Nun muß man sich an die Kritik des Redakteurs Gustav Schröder von der „Elbinger Volksstimme“ erinnern, der den Danziger U. S. P.-Genossen wegen der Rauschen Führerpolitik den Rücken gekehrt hat und nach Elbing verzogen ist. Schröder nannte diese Rausche Führerpolitik „Zirkelpolitik“ und hat dies schon oft in seinem Blatte gründlich nachgewiesen. Auch diesmal sollte Schröder wieder recht behalten.

Man ist nämlich vor einigen Tagen von einer längeren Reise aus Polen zurückgekehrt. Auf sein Ansuchen erhielt Rau einen polnischen Hauptmann als Reisebegleiter und Schutzengel. In Warschau hat er mit der Regierung über Danzig verhandelt. Man muß Rau's Talente als Augenpolitiker so kennen, wie wir Danziger, und wird wissen, daß er wieder einmal, wissenschaftlich oder unwissenschaftlich, Wasser auf die Mühlen Warschaws gebracht hat. Die in Paris verhandelnden Danziger und die polnischen Vertreter werden bald davon Wirkungen verspüren, die den Gebauer'schen Wünschen, die sich mit den Interessen Danzigs und mehr als 90 Proz. der Bevölkerung decken, nicht förderlich sein dürften.

Allerdings sollten diese Darlegungen genügen, um der Konferenz in Paris zu zeigen, wer der Schädling ist und wie man solche Schaukelmänner nach dem Muster Rau zu bewerten hat. Die Danziger Arbeiterchaft wird aber dem Vertrauensmann der Sowjets und gleichzeitigen polnischen Regierungskommissar zur rechten Zeit das erforderliche Mißtrauen entgegenzubringen wissen.

Die Verhandlungen in Paris.

Paris, 20. Oktober. (Gazette.) Der Völkerverbund genehmigte den Entwurf des Abkommens, welches zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden soll. Wahrscheinlich wird am nächsten Sonntag die Uebereinkunft gleichzeitig mit dem Beischlusse der Weichsel, wonach die Stadt Danzig unter dem Schutze des Völkerverbundes zur Freien Stadt erhoben werden soll, unterzeichnet werden.

Wilhelm II. als Steuerzahler.

Unter den vielerlei Geschichten, die in Holland über den deutschen Exkaiser erzählt werden, ist jene, die ihn in seiner Rolle als Steuerzahler zeigt, besonders bemerkenswert. Wilhelm II. hatte sich nach seinem Zuzug nach Amerongen für die Gemeindesteuer mit einem Jahreseinkommen von 250 000 fl. eingeschätzt. Die Gemeinde war anfangs darüber zutiefst und zog die entsprechenden Steuerbeträge ein, ohne viel darüber nachzudenken, ob die Steuereinschätzung den wirklichen Einkommensverhältnissen des Exkaisers entsprach. Als aber die deutsche Valuta immer tiefer sank, so daß Wilhelm schließlich in Gulden nicht viel mehr zu bezahlen hatte als ein mittlerer Bauer, fing man an, sich für das exzessive Einkommen etwas näher zu interessieren und fand, daß es mit 500 000 Gulden entsprechend einzuschätzen sei. Die jedoch diese neue Einschätzung sich steuerlich auswirken konnte, verzog der Exkaiser nach Haus Doorn.

500 000 Gulden sind nach dem heutigen Kurse mehr als 10 Millionen Mark. Damals, als die Einschätzung erfolgte, mag der Kurzwert noch niedriger gewesen sein, immerhin besteht zwischen der exzessiven Einschätzung und dem von der Gemeinde Amerongen errechneten Betrag eine überaus peinlich wirkende Spannung. Hätte Wilhelm II. beim Regieren dieselbe Vorsicht bewiesen wie beim Steuerzahlen, so wäre dem deutschen Volk heute wahrscheinlich wohler.

Tolstoi, der Moralist, Gogol, der halbe Romantiker, beheld das Laster, Stolz und Wühler der Gogol, väterlich Tolstoi. Geschleudert zwischen Witz und Bitterkeit, werden wir zu zwei russischen Welten getragen. Die Welt des intellektuellen Gogol ist nationaler als die priesterliche Welt Tolstois. Also ist das Herz wohl eher zu begreifen als der Kopf. Wir sitzen im nebligen Dornste 1920 in Berlin auf Polstern, die allerdings schon etwas schäbig werden, und versehen den zeitlosen, heimatischen, familienlosen Landstreicher besser als die Komödie „Der Spieler“. Tolstois Spiel ist Weltspiel, obwohl es ein wenig verkrüppelt wird und erlahmt. Gogols Spiel ist Provinz, die uns sehr festet.

Rossi feiert eine kleine Auferstehung. Wo er sich in den Landstreicher verwandelt, trifft er auf Verwandtschaft seiner eigentlichen Begabung. Langsam, langsam, wird sein Spitzbubenmoralist entlarvt. Der verkommene Adel, die Zwischenstufe zwischen Baron und Lump, das Gebrochene, das schön Verschleierte, das ist seine Natur. Es wird langsam aus einem verlaufenen Edelmann ein Philosoph, ebenso lässig, aber humorvoll dann wieder ein Lump. Dieser moralische Lumpenhumor wurde das Beste seiner Leistung. Als Gogol'scher Spieler hätte er nur flugs Seiten, flugs Maske. Er überlebte Russisches in Münchener Stammerium. Gullstorf war der schurkische Spieler, der spießige Spieler mit Klappfragen und Spitzbuben, prächtig, ungeheuer humorig. Nag Hochdorf.

Die Deutsche Studentenschaft zum Fall Einstein. Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft erläßt folgende Erklärung: Die wissenschaftliche Arbeit und Befähigung gehört nicht in den politischen Tageskampf. Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft beurteilt die unsachliche Art, in der sich die Öffentlichkeit mit der Lehre und der Person des Universitätsprofessors Dr. Einstein beschäftigt.

Deutsche Hochschule für Politik. Die Mängel der politischen Erziehung des deutschen Volkes werden in dieser Zeit schwerer Not viel schärfer gesehen, als jemals vorher. Und wer sie sieht, sucht nach Mitteln, ihnen zu begegnen. Uns fehlen in Deutschland Menschen, die gleichgültig mit hartem Erlebnis aus dem Fluße der Dinge die Fähigkeit gewinnen, sich die Materie so rig beherrschend, als politische Ordner selbständig und führend über die Fülle der Erscheinungen zu stellen. Die Welt der politisch selbständigen Menschen ist in Deutschland zu klein. Eine große Klasse erlebt intensiv das Geschehen in Staat und Wirtschaft, ohne ausgebildet zu sein, das Erlebte in sich zu ordnen, anderen mitzuteilen und im Rückblick auf sie einzuwirken. Ein anderer kleinerer Teil des Volkes ist in austere Ordnung jenseitig beschult, aber ihm fehlt das lebendige Verständnis für die Kräfte, die sich in Staat und Wirtschaft auswirken. Die fehlende Brücke zu bauen, bemühen sich vielerlei Kreise in Deutschland. Der erste größere praktische Anfang ist jetzt durch die Gründung der Deutschen Hochschule für Politik von bekannten Männern aus Politik und Wissenschaft

gemacht worden. Als Lehrer wirken wissenschaftlich politisch gebildete Männer aller Art. Das Ziel ist nicht nur, „Kenntnisse“ über das Gemordete zu vermitteln, sondern Sinn für das Werden spüren, Willen wecken und „Bienenstich“ machen. Das soll erreicht werden durch eine größere Reihe von Vorträgen, die sich in folgende vier Abteilungen gliedern: 1. Allgemeine Politik (einschließlich Rußlandkunde), 2. Soziologie und Sozialpolitik, 3. Kulturpolitik, politische Bildung und Staatsbürgerkunde, 4. Staatswissenschaftliche Fortbildung.

Das erste Wintersemester beginnt am 1. November 1920. Ueber die Bedingungen für die Hörer unterrichtet ein Prospekt, der auf Verlangen vom Bureau der Hochschule für Politik, Berlin S., Bauakademie, Sanktelpfad, versandt wird. Die Anmeldungen sollen bis zum 15. Oktober, müssen bis spätestens 15. November erfolgt sein.

Der Studienplan ist recht umfassend und zweigeteilt, eine sichere Grundlage für die Erreichung des gesteckten Zieles abzugeben. Es ist natürlich nicht möglich, heute schon vorabzulesen ein endgültiges Urteil über den Charakter der Schule zu fällen. Es muß erst die praktische Arbeit abgewartet werden.

Eine Friedensliste der Wissenschaft. Ein Schreiben der Professoren und Dozenten der Universität Oxford an die Professoren der Kunst und Wissenschaft, sowie die Mitglieder der Universität und wissenschaftlichen Gesellschaften in Deutschland und Österreich lautet nach einer „Times“-Mitteilung:

„Da viele unter Ihnen sein werden, die voll auf unsere herzliche Trauer und unsere Sorge wegen des Bruches, den der Krieg in unserem freundschaftlichen Verkehr verursacht hat, teilen, und da Sie nicht an der Aufrechterhaltung des Gefühls zweifeln können, das jene alte Freundschaft erzeugte und pflegte, werden Sie unsere Hoffnung für die baldige Wiederherstellung dieser Freundschaft teilen. Daher treten wir unterzeichneten Dozenten, Hauptverbände, Professoren und übrigen Beamten und Lehrer der Universität Oxford jetzt persönlich mit dem Wunsche an Sie heran, die Erbitterung und feindselige Gesinnung, die unter dem Antriebe lokaler Vaterlandsliebe zwischen uns entstanden sein mögen, zu zerstreuen. Auf dem Gebiete, wo wir ein gemeinsames Ziel und gemeinsame Begeisterung haben, und wo unter Wetter und unter Körpergeiz edelmütig sind, können wir sicher auf Verständigung hoffen, und die Kameradschaft der Gelehrten bietet einen Weg, der zu einer weiteren Epoche und zu einem besseren Verständnis zwischen unseren verwandten Nationen führen kann und, wenn unsere uralten Ideale lebendig sind, führen muß. Während politischer Zwietracht die edle Höflichkeit der großen europäischen Staaten an vordem droht, wollen wir jene freundschaftliche Wiederbegegnung begehren, die die Zivilisation erfordert. Impotret ratio, quod illes impetratura est.“

Der akademische Schlußsatz sagt: Zum Durchbruch kommen die Verurteilt, damit der Tag einbrechen kann! Die Sehnsucht ungezügelter Nationen!

Theater. Der im Deutschen Theater am Freitag stattfindenden Aufführung des „Ulla-Luk“ liegt die von Erich Schmidt angeordnete und herangezogene Schauspielerische Fassung des Werkes ungeschlagen und ungelüht zugrunde.

Der erste Holz-Prozess.

Unter der Anklage der gemeinschaftlichen Brandstiftung haben sich einige ehemalige Holzgärtner aus dem Vogtland vor dem Dresdener Schöffengericht verantwortet. Die Verhandlung begann am Mittwoch vormittag und dürfte voraussichtlich bis Sonnabend anauauern. Die Sitzstunde führt die Anklagebezeichnung „Geisel und Genossen“. Als Angeklagte wurden aus der Untersuchungsakten vorgeführt: Bergarbeiter Paul Seidel, Mechaniker Karl Weiß, Fleischer Alfred Pilsch, Talarbeiter Kurt Singer, Bergarbeiter Hubert Dürschmidt, Sandungsgefelle Otto Stiebler, Geschäftsführer Georg Köhler, Weber Emil Pöhl und Techniker Karl Praatz. Zur Aufklärung des Sachverhaltes sind gegen 30 Zeugen geladen, die in der Hauptsache erst für Donnerstag und Freitag Vorladungen erhalten haben. Eine ganze Anzahl Zeugnisaussagen usw. sollen die Verhandlung entlocken. Im übrigen sind alle anderen Delikte, selbst bei den Brandstiftungen vorgekommene Plünderungen, mit unter die allgemeine Anklage gefallen.

Der Prozess wird die erregten politischen Vorgänge im Frühjahr und besonders im März aufrollen, die sich an den Namen des belannten Kommunisten Holz knüpfen. Die Vorgänge wurden in der Presse hinreichend erörtert. Erwähnt seien nur, daß am 18. März die Ausschäumung des Amtsgerichts zu Falkenstein, Verbrennung von Gerichtsakten und dergleichen, am 22. März die Verhaftung des Oberstaatsanwalts Dr. Hubert von Plauen im Vogtland, am 23. März die Verhaftung der „Neuen Vogtlandischen Zeitung“ in Plauen stattfand, und weiter die bewegene Verhaftung des Kaufmanns Ved aus Chemnitz, die am 29. März mittels Automobils erfolgte. Letzterer wurde wie feinerzeit berichtet, am 13. April in Altonaer Gefängnis wieder in Freiheit gesetzt. Festnahmen von Wolfen, Ausräumung von früheren Jagungsverpflichtungen usw. bildeten ferner Gegenstand oft sehr erregter Zwischenfälle im Vogtlande. Überall im ganzen Reich wurden die Vorgänge im Vogtlande aufmerksam verfolgt. In der zweiten Woche des April rückten Reichswehrtruppen von allen Seiten gegen das Vogtland, um Holz, der im Schloß zu Falkenstein residierte, auszuheben. Der Höhepunkt der Erregung steigerte sich beträchtlichermaßen am 10. April, als große Plakate mit der Aufschrift „Wenn die Reichswehr kommt“ in Falkenstein eingeschlagen wurden, und auf welchen Holz drohte, daß er die Willen der Besitzenden in Brand stecken werde. Am gleichen Tage kam es in Plauen zu schweren Ausschreitungen und Plünderungen. Am 10. April wurde plötzlich in Falkenstein Sturm geläutet, ungeheuer hieß die Erregung der georgischen Bevölkerung. Holz, der vorher erst in einer Versammlung in Plauen gesprochen, verammelte seine Garde im Schloßhof zu Falkenstein und hielt eine Ansprache.

In seiner belannten temperamentvollen Art führte Holz aus, daß die Reichswehr mit starken Kräften und modernsten Kampfmiteln im Anmarsch sei, und daß ein Widerstand keinen Zweck hätte. Es gelte aber jetzt zu zeigen, wer von seiner Garde aus Vorkämpfer der Revolution sei, und wem die Revolution mitzuziehen. Wer mich verläßt, so lasse Holz unter anderem gesagt, der riskiert den Kopf! Nach dieser Ansprache forderte Holz sein Vorstandskomitee auf, in Aktion zu treten, er beteiligte sich auch selbst an der Ausschäumung von Benzol, Benzol und Schwefelsäure. Kommandos von 6 bis 12 Mann rückten vor die schönsten und wertvollsten Bienen in Falkenstein, erzwangen sich gewaltsam Zutritt und jagten unter den Worten „Alle Bienensterben heraus!“ oder „Jetzt geht's los!“ die betreffenden Bienen heraus. Es gab die denkbar ergregtesten Szenen, alles Bienen war vertrieben, die Königinnen führten die Ausschüpfung ihres Führers aus, und binnen wenigen Minuten standen dann die vorher bestimmten Grundstücke in Flammen. Im Witterungsdruck glückte die Stadt Falkenstein einem Flammenmeer. Damit keine Löscharbeiten vorgenommen werden konnten, hatte Holz die Strecken mit Maschinengewehren absperren lassen. Die unter Anklage stehenden ehemaligen Holzgärtner bekennen sich nur teilweise schuldig, sie wollen nur im Auftrage ihres Führers Holz gehandelt und, soweit sie sich aktiv beteiligt haben sollen, nur in der Hauptrolle Vorkämpfer gewesen haben oder aber überhaupt nicht dabei gewesen sein.

Reichstagsprogramm. Der Donnerstag bleibt tagungslos, um dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten Zeit zur Beratung zu geben, es soll u. a. über die Autonomiefrage Ober- und Niederschlesien verhandelt werden. Am Freitag kommt die Interpellation über die besetzten Gebiete zur Verhandlung, sodann wird bis einschließl. Dienstag der kommenden Woche eine Debatte eintreten, da an diesen Tagen der Parteitag der Deutschen nationalen stattfindet.

Die schöne deutsche Stadt. In der Urania hielt Prof. Goerke einen mit zahlreichen farbigen Lichtbildern angelegten Vortrag über „die schöne deutsche Stadt“. In früheren Vorträgen hatte er die Schönheit der Landschaft und die Begelungen des Menschen zu derselben geschildert; gestern zeigte er die Schönheit der Stadtbilder an zahlreichen Beispielen aus Nord und Süd, von den Westküsten der Ostsee bis zum Alpenwall. Die prächtigsten Kirchen und Rathhäuser der Hansestädte, die Schlösser und Burgen Süd- und Westdeutschlands, besonders die noch heute wasserhaltigen mittelalterlichen Burgenwerke Frankreichs fanden in Wort und Bild Erwähnung. Im zweiten Teile seines Vortrages zeigte er an Einzelheiten die Gestaltung der organischen Gestaltung des Stadtbildes. Bei Vorführung und Schilderung der alten Parzelle Goslar, Halberstadt, Quedlinburg usw. konnte man sich so recht in die Schauplätze von Raabes Chronik der Speerlingsnasse versetzt fühlen. Malerische Brunnen, Festungen mit Tortürmen, himmelstürmende Friedhöfe zeugten von dem Kunstsinne des mittelalterlichen Bürgerturns. Der schreckliche Krieg hat Tausende Millionen verfangen, mit denen man die Welt zu einem Paradies hätte gestalten können, aber Schätze sind und geblieben, und sie wirken mit, uns auf eine geistige Erneuerung des deutschen Volkes hoffen zu lassen. Der von warmem Heimatgefühl durchwehte Vortrag fand freundliche Aufnahme.

Zur Frage der Einheitsdeutschheit wurde in einer Konferenz des Stenographenverbandes Stolz-Schön, die soeben im Reichstagsgebäude stattfand, folgende Entschliessung angenommen: „Die Vertreterversammlung des Stenographenverbandes Stolz-Schön ist der Ansicht, daß die kurzfristlichen Einheitsbestrebungen als gefährdet betrachtet werden müssen. Es bleibt daher nichts übrig, als für den notwendigen kurzfristlichen Unterricht in den Schulen eines der bestehenden Systeme zu wählen. Die Erfahrungen im Unterricht und in der Anwendung haben uns in Uebereinstimmung mit hervorragenden Schulmännern in der Ueberzeugung gefestigt, daß die kurzfristige Stolz-Schön in der heutigen Gestalt den Anforderungen der Schule und des Lebens voll entspricht.“

Große Volkshalle Berlin. Am 3. November beginnen die ersten Osterferien. Für die erste Aufführung ist in der „Neuen Welt“, Hakenstraße, als Vertikales „Bedensfeier „Nidello“ angesetzt. Für die musikalische Leitung ist Generalmusikdirektor Leo Fisch genommen, die Spielleitung hat Hermann Bachmann von der Staatsoper übernommen.

Der Berliner Lehrerverein veranstaltet in diesem Winter einen Rufus sämtlicher Einheiten von Beethovens mit dem Bläserorchester mit Solisten unter Leitung von Dr. Felix M. Gies.

Ein Musikabend mit der „Kantate“, dem nationalen Saiteninstrument der Finnen, wird von Olli Suolasti am 23. Oktober, 7 1/2 Uhr abends, im Museumklub, Königplatz 8, veranstaltet. Karten 3 Mk.

Die Grabbegehung, die in „Kleber adieu“ mitegeteilt wird, in der Spieldienste Landeshilfswald Deimold angesetzt. Das Werk, das hier in der Vaterstadt des großen unglücklichen Dichters an würdiger Stelle seinen Platz gefunden, ist die einzige Schilbatur, die überhaupt keine Folge der Nachwelt übermitteln. Das Werk stammt von dem Gedauer des Germanus-Denkmal Ernst von Dandel.

Wirtschaft

Moral und Gewinnsucht.

Von einem Betriebsrat wird uns folgende Mitteilung gemacht: „In unserem Betriebe geht das Geschäft sehr gut, die Qualität der fertigen Leder ist gut. Nun kommt unser Chef wieder auf den seit langem eingeführten Brauch, nämlich auf das Stöhen und Wachsen. Er verwendet dazu einen Gerbstoff, welcher dem Leder erfahrungsgemäß schadet. Von seiten unseres Werkmeisters ist der Chef auf diese Handlung aufmerksam gemacht worden, auch hat der Werkmeister den Arbeitern, welche in der betreffenden Branche arbeiten, verboten, diese Vergrabe von Gerbstoff zu unternehmen, auch wenn der Chef es beizimmt. Der Chef hat nun diese Stöchererei mit Hilfe anderer Arbeiter, welche für die Gruppe nicht in Betracht kommen, durchgeführt. Laut Betriebsratsgesetz in den §§ 69-72 wird darauf hingewiesen, daß die Betriebsräte den Arbeitgeber bei der Förderung der Produktion unterstützen sollen. Hier ersehe ich als Mitglied des Betriebsrates gerade das Gegenteil, denn durch dieses Stöhen und Wachsen werden die Leder schlechter, sobald die fertige Ware minderwertig ist, geht das Geschäft schlechter, und bei schlechtem Geschäftsgang leiden doch die Arbeiter am meisten.“

Diesem bemerken wir, daß festgesetzt werden müßte, ob es sich hier um ein Verstoß zur Erprobung eines neuen Gerbstoffs handelt oder bereits die laufende Erzeugung zum Gegenstand des Experiments gemacht werden soll.

Jedes fortschrittliche Unternehmen muß jedoch sein, neue Mittel zu erproben. Sofern sich die Vergrabe also als Material beziehen, das nicht in den Handel gebracht werden, sondern Vergrabe zu verwenden dienen soll, ist grundsätzlich gegen solche Vergrabe nichts einzuwenden. Bekannt ist ja allgemein, daß die schlechten Gerbstoffe eine ungeheure nationale Schädigung bedeuten, weil sie die Haltbarkeit des Leders bedeutend herabsetzen. Unser Schwere könnte die doppelte Lebensdauer haben, wenn die sogenannten Schnellgerbstoffe wieder verschwinden würden. Den Betriebsräten fällt zweifellos die Aufgabe zu, den reiner Gewinnsucht und unmoralischen erprobenden Maßnahmen der Unternehmer schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Hortschreitende Konzentration.

Große Münchner Erwerbzeiten. Die Schloßbräu-Tuping-Alt-Ges. und die Aachener-Bräu-Alt-Ges. berufen wieder wertschöpfend über eine Verschmelzung mit der Alt-Ges. Haderbräu in München Generalversammlung ein.

Veränderung Nordhern-Tentonia. Im Zusammenhang mit der Verschmelzung der Nordhern-Lebensversicherung-Ges. in Berlin mit der Tentonia-Versicherungs-Ges. in Leipzig beantragt die Nordhern-Tentonia nunmehr die Erhöhung des Aktienkapitals von 7,2 auf 9 Mill. M. durch Ausgabe von 60 Aktien über je 100 M. mit 25 Proz. Einzahlung, ferwer Wahlen zum Aufsichtsrat.

Weitere Ermäßigung der Eisenpreise? Die Verhandlungen über die Reduzierung der Eisen- und Stahlpreise sollen am 23. d. M. im Eisenwirtschaftsbund ausgenommen werden. Man rechnet in beteiligten Kreisen mit einer weiteren Ermäßigung der Eisenpreise, was schon seit einiger Zeit eine dringende Forderung der Verbraucher auf dem Markte zur Folge hatte.

Beabsichtigte Freigabe des Tabakgroßhandels. Während bisher der Großhandel mit Tabakwaren von einer besonderen Erlaubnis abhängig war, sind nunmehr Bestrebungen im Gange, auch auf diesem Gebiet freie Wirtschaft durchzuführen. Der preussische Handelsminister hat sich an die Oberpräsidenten gewandt, mit dem Erlaubnis, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob dem Großhandel mit Tabakwaren im freien Verkehr besondere Bedenken im Wege stehen. Die Gulakaten dresdener sind in gütigstem Sinne erteilt worden. Darauf hat der Handelsminister bei dem Reichswirtschaftsminister beantragt, den erwähnten Anträgen nachzukommen, so daß man in Kürze damit rechnen kann, daß der Großhandel mit Tabakwaren künftig ohne besondere Erlaubnis betrieben werden kann.

Groß-Berlin

Wie Fleischpreise entstehen.

Von sachkundiger Seite werden wir darauf hingewiesen, daß bei der Kennung des Viehkauftriebes auf dem Schlachtvieh immer nur der Kautrieb angegeben wird, der auf dem Städtischen Viehhof erfolgte, nicht angegeben wird der Kautrieb, der auf dem Magerviehhof in Friedrichsfelde und auf den verschiedenen Viehhöfen von Berlin. Der Kautrieb an Schlachtvieh auf dem Magerviehhof ist ganz erheblich größer als der Kautrieb auf dem Zentralviehhof. Es waren z. B. am letzten Freitag auf dem Magerviehhof 3700 Rinder aufgetrieben, davon mindestens zwei Drittel Schlachtvieh; auf dem Zentralviehhof nur etwas über 1300 Stück. Ebenso findet Mittwoch immer ein großer Kautrieb an Schlachtvieh Schweinen auf dem Magerviehhof statt. Darum muß berücksichtigt werden, daß in den vielen kleinen Schlachthäusern, die in Weiskensee, Reinickendorf, Lichtenberg, Friedrichsfelde usw. liegen, sehr viel Vieh geschlachtet wird. Die Folge davon ist, daß verhältnismäßig viel Fleisch in den Schlachtleäden vorhanden ist.

Die Preise auf dem Zentralviehhof am Sonnabend waren dementsprechend erheblich gesunken. Schweine sind um 250 bis 3 M. das Pfund gefallen; es wurde gezahlt für gute vollfleischige Schweine — 200 Pfund und darüber — 18 bis 19,50 Mark pro Pfund Lebendgewicht; dieselben Schweine haben am vorhergehenden Sonnabend und Mittwoch 3 M. pro Pfund mehr gefordert. Minderwertigere Schweine sind mit 11 bis 150 M. bezahlt worden, je nach Qualität. Gute vollfleischige Rinder (Stiere und Kühe) wurden mit 6 bis 7 Mark pro Pfund Lebendgewicht verkauft. Kühe mit 5 bis 6 M. und Rinder 2. und 3. Klasse sind mit 3 bis 4,50 Mark verkauft worden. Hammel und Schafe, wovon circa 3000 Stück aufgetrieben waren, waren fast gar nicht zu verkaufen. Feine Hammel sind mit 5 bis 6 Mark pro Pfund verkauft worden. (Siehe dagegen die Preise in den Fleischereien. D. Red.) Wenn hier und da mal höhere Preise gezahlt worden sind, dann nur für einzelne, ganz besonders gute Tiere. Es wäre zu begrüßen, wenn der Kautrieb von Schlachtvieh in den kommenden Wochen noch so groß wäre wie in den letzten Wochen — hauptsächlich Rinder, Schweine waren im Verhältnis immer noch zu wenig — dann würden die Händler gezwungen sein auch dem Besitzer weniger zu zahlen. Es ist jedoch zu befürchten, daß der starke Kautrieb von Rindern schon in kürzester Zeit nachlassen wird, weil jetzt sehr viel Vieh von der Weide gekommen ist.

Bei den Preisen, die am letzten Sonnabend auf dem Schlachthof für Vieh gezahlt worden sind, wäre es den Schlachtern schon möglich, auch mit den Fleischpreisen herunterzugehen; jedoch auch hier wird sich in den meisten Fällen das zeigen, was man im Geschäftskreis so häufig sieht, nämlich: daß die oft sehr großen Preischwankungen auf dem Markt nur zwischen Engros- und Detailhandel ausgeglichen werden und das Publikum nichts davon merkt.

Die vorstehenden sachkundigen Ausführungen zeigen, daß ein reichliches Angebot von Ware die Tendenz zur Preislenkung

zurzeit hervorruft. Wie lange wird sie aber noch andauern? Sobald die Ware knapper wird, erfolgt wieder das volkswirtschaftlich so ungeheuer unheilvolle Ueberbieten der Händler, um Ware für sich zu erhalten. Dann werden die Preise bis zur Ausnutzung der letzten Kaufkraft in die Höhe getrieben werden. Die Händler werden die Ware bezahlen können, die Händlerbetrüben werden sie in den Schaufenstern bewundern dürfen. Nur bei ausreichendem Warenangebot wird die „freie“ Wirtschaft sozial, bei Warenknappheit aber im höchsten Grade antisozial.

„Kohlenrevisor“ und Juwelendieb.

Ein gefürchteter folscher „Kohlenrevisor“ ist wieder in Berlin an der Arbeit. Am 25. v. M. entpangen mehrere Döllinge darunter auch der Schlosser Wichmann, der bei einer Geheimtätigkeit im Westen eine Perlenholzkiste im Werte von einer halben Million gestohlen hatte. Während die anderen Entsprungenen bereits wieder hinter Schloß und Riegel saßen, ist es noch nicht gelungen, Wichmann wieder zu ermitteln und festzunehmen. Er hat unterdessen sein altes „Gewerbe“ wieder aufgenommen und sucht jetzt die Willen in den Bieren heim. So erschien er in Grünau unter dem Namen Ingenieur Gebauer von der A. G. G. Auf diesen Namen führte er auch Aufweise bei sich. In einer Villa stellte er sich als Bauunternehmer der Kohlenwerke Groh-Verlin vor. Er „revidierte“ und sand alles in Ordnung. Aus Verunsicherung, wie er sagte, sah er dann auch noch die elektrischen Leitungen nach, die durch alle Zimmer führen, besonders auch durch das Schlafzimmer. Weil die Dame des Hauses keinen Raum mehr hatte, so gelang es ihm leicht, aus dem Schlafzimmer ein Schmuckkästchen zu stehlen, das mit dem Inhalt an Ringen, Armbändern, Ohrringen usw. 60000 M. wert ist. Das Kästchen ist albanesische Arbeit und mit tatem Samt ausgelegt. In den Schmuckkästchen gebären besonders auch eine Perlenholzkiste mit Brillantstich und eine goldene, strickartig gebundene Halskette. Die Perlenkette hat nach der Beschreibung Wichmann bestimmt als den Dieb wiedererkannt.

In Saarow am Schornhülfsee wurde der lange gesuchte Gerichtsassessor a. D. Henning Böhmmer, früher Syndikus der Niederdeutschen Handelsakademie in Berlin, Potsdamer Straße 153, der Riesenschwindelern mit gefälschten Ein- und Ausfuhrscheinen begangen hat, verhaftet. Böhmmer war vor einigen Monaten schon einmal festgenommen worden, wurde jedoch auf Grund von Akten, die seine Postunfähigkeit bezeugten, entlassen. Auch diesmal versuchte sich Böhmmer durch die Rechtsanwaltschaft freizumachen. Die Untersuchung durch den Gerichtsvorgang ergab aber die Postfähigkeit, so daß er in Untersuchungshaft genommen wurde. Mit ihm ist der Geheimne Postamtanzrat Hahn verhaftet worden, der als Mittäter in Frage kommt. — Es handelt sich bei den Straftaten um Fälschungen von Einfuhrbewilligungen und Ausfuhrscheinen. Die Fälschungen sind mit einem gefälschten Stempel des Reichskommissars Trenkelendung versehen worden und haben die notwendigen bürokratischen Zahlen und Zeichnungen von Böhmmer Hand erhalten.

Eine der aufgedeckten Fälschungen hat die Stadt Ebersfeld um 20 Millionen Mark geschädigt. Es sollte für diesen Betrag Benzol und Spiritus eingeführt werden. Die Einkünfte, die Böhmmer auf den Fälschungen bezogen hat, zählten nach vielen Millionen. Er verlangte für Beforgung der Ein- oder Ausfuhrscheine gewöhnlich 10 Proz. des Fakturwertes.

Telephon hinten herum.

In letzter Zeit wurden von der Postbehörde bei vielen Sprechstellen angeschaltete Apparate festgestellt, die dem zuständigen Vermittlungsamt nicht gemeldet waren. Weist hatten die Sprechstellenbesitzer sich eigene Apparate in mehr oder minder sachverständiger Weise heimlich an die Anstellungen angeschlossen, um dadurch ihre Sprechmöglichkeiten unter Nichtzahlung der bestimmungsmäßigen Gebühren zu vergrößern.

Die Postbehörde wendet sich nun in einer Warnung gegen dieses „Hintenherum-Telephon“ und will den Teilnehmern ausdrücklich nicht das Recht einräumen, mit Umgehung der Vorschriften Willkür und schnell zu einem Telephon zu kommen. Es liegt darin, eine Gefahr sowohl für die Anstalten und die Fernsprecheinrichtungen, als auch für den Teilnehmer selbst, weil den amtlichen Stellen die Mängelentstehen wird, die ohne ihre Mitwirkung hergestellten Anlagen betrieblich zu prüfen. Nach den Ausführungsbestimmungen zur Fernsprecheinrichtung ist die Fernsprecheinrichtung bei Einzahlung von Gebühren beschränkt, den Anstalten ohne Änderung anzuschließen; unter Umständen wird sogar strafrechtlich vorgegangen. Da unredliche Anlagen auf die Dauer nicht verbergen bleiben, ist deshalb den Beteiligten dringend anzuraten, daß sie den früheren Zustand wiederherstellen oder die vorgenannten Abänderungen unverzüglich ihrem Fernsprechemittler mitteilen.

Wieder ein Attentat auf einen Lokomotivführer. Während im Monat zurzeit der Prozess gegen drei Kommunisten wegen Mordes an dem Lokomotivführer Reichsmus hat, kommt die Meldung von einem neuen Attentat auf einen Lokomotivführer, der sich in Ausführung seines Dienstes befand. Am gestrigen Dienstag nachmittag wurden in der Nähe des Bahnhofes Gesundbrunnen auf eine vom Stettiner Bahnhof nach Potsdam fahrende Vorkortlokomotive, von der Dampfbrücke herab einige Schiffe abgeworfen. Eine Kugel traf den Lokomotivführer Guste aus der Gellertmannstr. 93 und verletzte ihn am Auge. Die sofort angeordneten Ermittlungen nach dem Urheber dieses Attentats sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Die Geschäftsfelle des Demobilisierungsausschusses Groß-Berlin unterauschlag für Arbeitsvermittlung, bisher Straßener Str. 38, befindet sich von heute ab Neue Friedrichstr. 7b, Hof IV links.

Wiedererband Groß-Berlin, Erikastraße 5, Schneberg, Obmann- und Mieterschutz am Donnerstag, d. 21. d. M., abends 8 Uhr, im „Wilhelmshof“ (langer Saal), Oberstr. 50 a.

Im Rinderhaus Eichenstraße findet wieder Unterricht in Säkularbildung mit praktischen Übungen wöchentlich einmal statt. Redungen schriftlich oder mündlich Vortrag, Dienstag und Freitag von 10-11 Uhr, nachmittags täglich von 2-6 Uhr im Bureau des Rinderhauses Nummer 97.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hält ihre Jahresversammlung am Sonnabend, 23. Oktober, abends 7 Uhr, in der Kaiser-Wilhelm-Kademie (Hofsaal 1), Eichenstr. 38, ab. Der Vorsitzende, Prof. Bloch, wird aber den demnach dem Reichstagsrat zur Verfügung stehenden neuen Erkenntnissen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Bericht erhalten. Nichtmitglieder können Gastkarten durch die Geschäftsfelle, Eichenstr. 45, erhalten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 20. Oktober.

Schneberg-Friedenau, 7 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung in der Aula der Gubenstraße. Vortrag Dr. 14/32. Thema: „Moskau und wir.“ Ref.: Dr. Rehrig.

Morgen, 21. Oktober.

Reinickendorf-Ch. (E. B. D.). Die Sangeslieder versammeln sich 7 1/2 Uhr beim Gen. Lindhult, Reinickendorf 120.
Tempelhof, Frauenabend 7 1/2 Uhr bei Frau, Eichenstr. 38, Eichenstr. 38, Kaiser-Wilhelm-Str. 93. Ref.: Genossin Eichenstr. 93. Bericht über den Parteitag in Kasse.

